

JAHRESBERICHT DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ 2005

DEZA DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
DDC DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION
DSC DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE
SDC SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION
COSUDE AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN



Staatssekretariat für Wirtschaft
Séretariat d'Etat à l'économie
Segretariato di Stato dell'economia
State Secretariat for Economic Affairs

s e c o

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Die DEZA ist die schweizerische Agentur für internationale Zusammenarbeit. Sie gehört zum Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die DEZA führt eigene Programme durch, unterstützt Programme multilateraler Organisationen und beteiligt sich an der Finanzierung von Aktivitäten schweizerischer und ausländischer Hilfswerke. Die wichtigsten Aktionsbereiche sind:

- bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- humanitäre Hilfe, mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH)
- Zusammenarbeit mit Osteuropa.

Die DEZA sichert zudem die Gesamtkoordination der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe mit anderen zuständigen Bundesämtern.

Sie beschäftigt rund 1'700 Personen im In- und Ausland. Im Jahr 2006 beträgt das Jahresbudget 1,306 Milliarden Franken. Direktor der DEZA ist Botschafter Walter Fust.

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)

Das seco ist das Kompetenzzentrum der Schweizer Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit im seco setzt die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen der Schweiz zugunsten der Entwicklungs- und Transitionsländer um. Hauptziel ist die Verminderung der Armut. Dies soll durch die bessere Integration dieser Länder in die Weltwirtschaft, die Förderung der Marktwirtschaft und die verstärkte Mobilisierung privater Ressourcen erreicht werden. Gemeinsam mit der DEZA trägt das seco die Verantwortung für die multilaterale Finanzhilfe.

Das seco gehört zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Es wird von Staatssekretär Jean-Daniel Gerber geleitet. Die Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt 54 Personen und hat 2006 ein Jahresbudget von 238,4 Millionen Franken zur Verfügung. Sie steht unter der Leitung von Botschafter Oscar Knapp, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge.

4

DAS MANDAT

5

AKTIVITÄTEN 2005

Multilaterale Zusammenarbeit

6

AKTIVITÄTEN 2005

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

8

AKTIVITÄTEN 2005

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

9

AKTIVITÄTEN 2005

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

10

AKTIVITÄTEN 2005

Humanitäre Hilfe

12

STATISTIKEN 2005

23

JAHRESKONFERENZEN



Walter Fust



Jean-Daniel Gerber

Editorial

Innerhalb von zehn Monaten wurde Südasien von zwei beispiellosen Katastrophen heimgesucht. Nach dem Tsunami, der die Küsten des Indischen Ozeans überflutete, zerstörte ein verheerendes Erdbeben den Norden Pakistans und hinterliess über drei Millionen Menschen ohne Obdach und Existenzgrundlagen. Das Ausmass der durch solche Tragödien verursachten Not verlangt von den humanitären Organisationen einen aussergewöhnlichen Einsatz.

2005 lagen die Schwerpunkte der internationalen Entwicklungspolitik auf der Beschleunigung der Fortschritte zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs), auf der Reform der Vereinten Nationen und auf der Schaffung einer «gerechten Globalisierung». Der Millennium+5-Gipfel bekräftigte den von den MDGs gesetzten Referenzrahmen. Die Schweiz hat zur Verwirklichung dieser Ziele bereits einen wichtigen Beitrag geleistet und wird dies auch weiterhin tun. Die Qualität ihrer Hilfe ist international anerkannt und geschätzt. Nach deren Überprüfung betonte die OECD, dass die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit solide sei und ihr die Achtung von ihresgleichen einbringe.

In der Agenda 2006 zeichnen sich mehrere Dossiers ab, die für die Entwicklung entscheidend sind. Die Schweiz wird sich an der Umsetzung der G8-Entschuldungsinitiative beteiligen. Die begünstigten Länder werden dadurch mehr Mittel für die Verminderung der Armut und für die Konkretisierung der Beschlüsse des M+5-Gipfels bereitstellen können. Ausserdem dürfte ein wichtiger Schritt in Richtung Einführung eines gerechten und offenen Welthandels getan werden. Die Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation haben sich verpflichtet, bis Ende 2006 den in Doha begonnenen Verhandlungszyklus zu Ende zu führen. In der Schweiz wird sich das Parlament mit der Zusammenarbeit mit Osteuropa und mit dem Beitrag zur Verringerung der Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union befassen.

Walter Fust,
Botschafter,
Direktor der DEZA

Jean-Daniel Gerber,
Staatssekretär,
Direktor des seco



Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Seit 2000 setzte die Schweiz durchschnittlich 1,7 Milliarden Franken pro Jahr für die Armutsbekämpfung in den Entwicklungs- und Transitionsländern ein. Zwei Bundesämter koordinieren die internationale Entwicklungszusammenarbeit im Auftrag des Bundes: Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco).

Alle Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit zielen darauf ab, die Lebensbedingungen der am meisten benachteiligten Menschen dieser Welt zu verbessern. Die DEZA setzt bei ihrer Arbeit vor allem auf die Schwerpunkte Konfliktbewältigung, soziale Entwicklung, gute Regierungsführung, Förderung wirtschaftlicher Strukturen sowie Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Dabei strebt sie stets die Stärkung der Eigeninitiative in den Partnerländern an. Die DEZA und das seco unterstützen die Länder Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Finanzhilfe. Eine weitere Aufgabe der DEZA ist die humanitäre Hilfe. Über das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) lässt sie den Opfern von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten direkte Hilfe zukommen.

Das seco seinerseits formuliert die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und setzt diese auch um. Sein Ansatz baut dabei auf folgende Achsen: Durch die Förderung der Marktwirtschaft wird in den Partnerländern ein nachhaltiges und dauerhaftes Wachstum erwirkt. Die Unterstützung der Reformen in diesen Ländern

stärkt ihre Integration in die Weltwirtschaft. Und die zunehmende Mobilisierung von Privatressourcen trägt zum Entwicklungs- und Transitionsprozess bei. Das seco ist der wichtigste Akteur in der Schweizer Entschuldungsstrategie.

Während die humanitäre Hilfe überall dort geleistet wird, wo sie dringend nötig ist, konzentriert sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA auf 17 Schwerpunktländer und -regionen und auf sieben Spezialprogramme. Dabei steht immer die Nachhaltigkeit im Zentrum. Die Arbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf neun Schwerpunktländer und zwei Regionalprogramme. Auf multilateraler Ebene arbeitet die DEZA mit Organisationen der UNO, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen.

Die DEZA steuert ihre Aktivitäten vor Ort von 50 Vertretungen aus. 2005 war sie in rund 1'000 Projekten aktiv. Insgesamt sind 545 Personen in der Schweiz und im Ausland für die DEZA tätig, dazu kommen 1'100 lokale Angestellte. Das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe kann auf 700 einsatzbereite Personen zählen. 2005 konnten dank diesem Pool 389 Einsätze im Ausland durchgeführt werden.

Das seco beschäftigt im Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit 54 Mitarbeitende. Sie sind verantwortlich für die Verwendung der vorhandenen Mittel. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der DEZA und dem seco sorgt für Effizienz, Synergien und Erfolg in der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes.

Beispiel: Eine Informationsgesellschaft, die allen offen steht

Die zweite Phase des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft fand im November 2005 in Tunis statt. Die DEZA beteiligte sich an den Aktivitäten der Global Knowledge Partnership und an der Lancierung einer Initiative zur Erhöhung der Kapazität der gemeinschaftlichen Telezentren. Anlässlich der Plattform, die dem Einsatz der Informationstechnologien für die Entwicklung gewidmet war, präsentierte die Schweiz mehrere Projekte zur Reduktion des digitalen Grabens zwischen Nord und Süd. So unterstützt das seco die Verbreitung einer Software, die den kleinen Unternehmen in Entwicklungsländern hilft, ihre Produkte über das Internet zu verkaufen, und es fördert das Recycling elektronischer Abfälle.

2005 betrug die Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2,2 Milliarden Franken, das sind 0,44 Prozent des Bruttonationaleinkommens, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme bedeutet (0,41 Prozent im 2004). Im Mai 2005 hatte der Bundesrat entschieden, die Berechnungsmethode zu ändern und sich nach der Mehrheit der Geberländer zu richten: Seit 2004 werden die Kosten für Asylbewerberinnen und -bewerber aus Entwicklungsländern während ihres ersten Aufenthaltsjahres in der Schweiz in die APD mit einbezogen.

Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD, der die Schweizer Zusammenarbeit analysiert hat, wünscht ein stärkeres finanzielles Engagement. In seinem im Juni 2005 veröffentlichten Bericht hebt er den Professionalismus der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit hervor. Er empfiehlt jedoch eine stärkere Konzentration auf eine bestimmte Anzahl Schwerpunktländer und -themen.

An einem Treffen Ende Februar in Paris legten die Geberländer und die armen Länder konkrete Ziele für eine grössere Wirksamkeit der Hilfeleistungen fest. Im Zentrum standen insbesondere die Harmonisierung der Verfahren und die Ausrichtung auf die nationalen Strategien. Die DEZA und das seco schliessen sich dieser «Deklaration von Paris» vollumfänglich an. Sie haben einen Plan für deren Umsetzung genehmigt.

Zum Internationalen Jahr des Mikrokredits organisierte die Schweiz mehrere Anlässe, darunter ein Symposium und universitäre Veranstaltungen, die ihr Engagement auf diesem Gebiet bekannt machten. Sie unterstützt namentlich den Einbezug des Privatsektors. Verschiedene Aktivitäten prägten das Internationale Jahr des Sports. Sie fanden im Dezember mit der zweiten internationalen Konferenz zu Sport und Entwicklung in Magglingen ihren Höhepunkt.

Multilaterale Zusammenarbeit

In Anbetracht der wachsenden Komplexität verlangen die grossen aktuellen Entwicklungsprobleme ein koordiniertes Handeln der internationalen Gemeinschaft. Die Schweiz legt grossen Wert auf die multilaterale Zusammenarbeit. Sie beteiligt sich aktiv an den Fonds und Programmen der UNO, den Internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) und weiteren Organisationen wie dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Rund ein Viertel ihrer APD fliesst in die multilaterale Zusammenarbeit. Alle Bemühungen dieser Organisationen sind auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) bis 2015 ausgerichtet, die auch der schweizerischen Entwicklungspolitik als Leitfaden dienen. Im Jahr 2005, zehn Jahre vor Ablauf der Frist, haben mehrere wichtige Ereignisse das Geschehen geprägt.

Zwischenbilanz

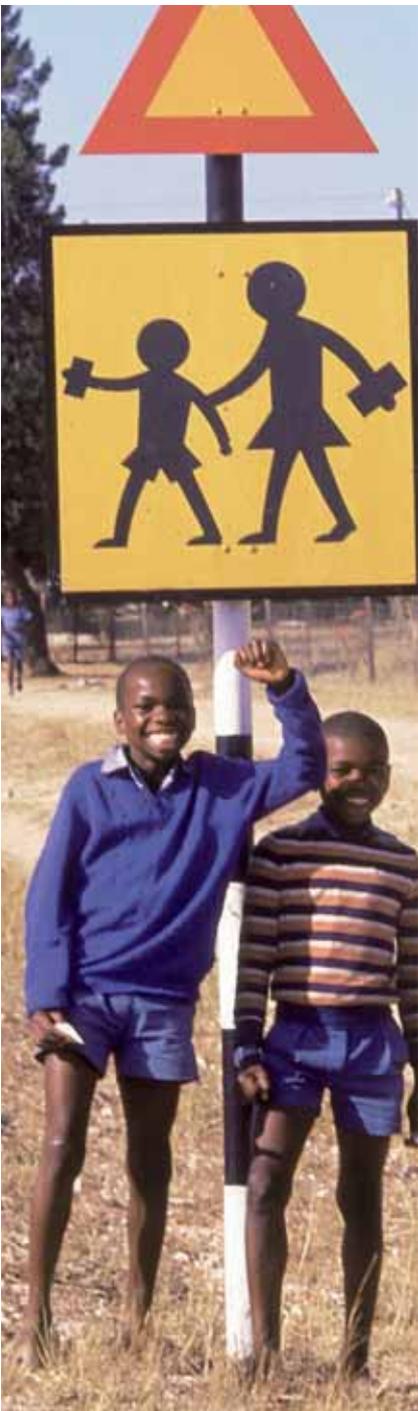
Im Januar veröffentlichte eine internationale, von Jeffrey Sachs geleitete Expertengruppe einen Aktionsplan für schnellere Fortschritte bei den MDGs. Ihren Berechnungen zufolge müssten die reichen Länder ihre APD mindestens verdoppeln, um die MDGs zu erreichen. UNO-Generalsekretär Kofi Annan integrierte diese Vorschläge in seinen eigenen Bericht, der im März publiziert

wurde. Darin fordert er die säumigen reichen Länder auf, Zeitpläne zu erstellen für eine Erhöhung der Hilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015. Und die armen Länder bittet er, Entwicklungsstrategien auszuarbeiten.

Dieser Bericht diente als Grundlage für die Arbeit am Weltgipfel, der im September 2005 in New York einberufen wurde, um den bereits zurückgelegten Weg seit Festlegung der MDGs im Jahr 2000 zu messen. Die Schweiz beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung des Schlussdokuments, das die Wechselbeziehung zwischen Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten hervorhebt. Sie teilt die Ansicht, dass diese drei Bereiche als Ganzes und nicht mehr getrennt angegangen werden müssen. Der Millennium+5-Gipfel bekräftigte die MDGs und die 2002 in Monterrey (Mexiko) gefassten Beschlüsse zur Finanzierung der Entwicklung.

Wie die anderen Länder präsentierte auch die Schweiz in New York einen ersten Bericht über ihren Beitrag zur Erreichung der MDGs. Darin fasst sie die Aktivitäten zur Armutsbekämpfung zusammen und beschreibt die Massnahmen, die sie zur Konkretisierung der Ziele ergriffen hat, die in der Verantwortung der Industrieländer liegen. In diesem Zusammenhang erwähnt der Bericht die Bemühungen für eine bessere Kohärenz der nationalen Politiken. Ferner betont er, dass die





APD der Schweiz im Jahr 2004 den Satz von 0,4 Prozent erreichte, zu dem sie sich in Monterrey verpflichtet hatte. Am Gipfel kündigte Bundespräsident Samuel Schmid an, die Schweiz erwäge den für die APD vorgesehenen Prozentsatz ab 2008 zu erhöhen.

Schuldenerleichterung

Die MDGs nahmen auch in den Beratungen der G8 einen zentralen Platz ein. An ihrem Gipfel in Gleneagles (Schottland) im Juli verpflichteten sich die Führer der G8-Staaten, die Hilfe für Afrika zu verdoppeln, und sie schlugen vor, den ärmsten Ländern einen beträchtlichen Teil ihrer multilateralen Schulden zu erlassen. Wie die anderen Geberländer, die nicht Mitglied der G8 sind, begrüßte auch die Schweiz diese Initiative. An der Jahresversammlung der Bretton-Woods-Institutionen erklärte sie sich bereit, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Ihre Beteiligung wird formell festgelegt, sobald die Ausführungsmodalitäten und die finanziellen Auswirkungen geklärt sind. Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Suche nach Lösungen für die Umsetzung dieser Initiative. Ihres Erachtens ist es wichtig sicherzustellen, dass die in den Budgets der Entwicklungsländer auf diese Weise freigestellten Mittel für Programme zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Ausserdem gilt es zu vermeiden, dass der Schuldenerlass die Finanzkapazität der IFI gefährdet. Infolge des Schuldenerlasses werden neue bilaterale Beiträge die fehlenden Aktiven in den Bilanzen der Internationalen Ent-

wicklungsagentur (IDA) und des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) kompensieren müssen.

Wiederauffüllung der Fonds

Die IDA und der AfDF, die den ärmsten Ländern Darlehen zu tiefen Zinsen sowie Zuschüsse gewähren, wurden 2005 für eine Dauer von drei Jahren rekapitalisiert. Die Geldgeber haben ihre Beiträge um 30 beziehungsweise 45 Prozent erhöht. Aus budgetären Gründen konnte die Schweiz diesem international festgelegten ambitionösen Rahmen nicht entsprechen. Folglich wurden ihre Quoten in den beiden Institutionen gesenkt. Der Beitrag der Schweiz in Höhe von 567 Millionen Franken für die IDA und 153 Millionen Franken für den AfDF bleibt aber bedeutend.

Liberalisierung des Handels

Im Rahmen der Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) setzt die Schweiz alles daran, dass die Liberalisierung des Handels den Entwicklungsländern zugute kommt. An der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong äusserte sie sich wiederholt zu Gunsten einer Förderung der Handelsaktivitäten der ärmsten Länder. Sie spielte eine aktive Rolle, indem sie vorschlug, die reichen Länder sollten ihre Märkte für 99 Prozent der Tariflinien öffnen. Die Minister entschieden sich für eine Grenze von 97 Prozent. Die Schweiz unterstützte zudem den Entscheid, die Subventionen für landwirtschaftliche Exporte bis 2013 abzuschaffen.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

2005 konzentrierte sich die bilaterale Hilfe auf 17 Schwerpunktländer und -regionen, und sieben Länder mit Spezialprogrammen. Im September reichte die aussenpolitische Kommission des Ständerats ein Postulat ein, das den Bundesrat aufforderte, eine Verringerung der Anzahl Schwerpunktländer und -themen zu prüfen. In Erwartung des Regierungsberichts leitete die DEZA die Prüfung dieser Frage ein.

2005 führte sie zwei neue Strategien ein: Die eine bezweckt einen systematischeren Einbezug der Menschenrechte in die Zusammenarbeitsprogramme, die andere legt die Massnahmen fest, die zur Verhinderung von Korruption beitragen könnten.

Vor Ort unterstützt die Schweiz die Vorkehrungen zur Harmonisierung der Hilfeleistungen. In einigen Ländern, beispielsweise in Tansania, übernimmt sie die Funktion einer Vermittlerin zwischen den Gebern einerseits und zwischen den Gebern und der Regierung andererseits. Die Harmonisierung ist besonders wichtig, wenn die staatlichen Strukturen mangelhaft sind, wie das hochrangige Forum zum Thema Wirksamkeit der Hilfe in fragilen Staaten im Januar 2005 in London festhielt. Die DEZA beteiligte sich mit einem Beitrag, der vor allem auf ihren Erfahrungen in Afghanistan und Nepal basierte.

Asien

Trotz der Verschlechterung der politischen Lage in Nepal beschloss die Schweiz, ihre Programme in Nepal weiterzuführen, darauf achtend, dass diese zur Konfliktlösung beitragen. Während ihrer langjährigen Präsenz in diesem Land finanzierte sie den Bau von über 2'000 Hängebrücken, die die Entwicklung von bisher abgeschiedenen Bergregionen fördern. Auf dem indischen Subkontinent setzt sich die Schweiz vor allem für den Schutz der Rechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein. Ein neues Programm hilft der pakistanischen Regierung zu bestimmen, in welchem Mass die Budgetausgaben zur Reduzierung der Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen beitragen. In Indien bekämpft die DEZA die Diskriminierungen aufgrund des Kastensystems. In einem anderen Bereich unterstützt sie seit 2005 ein Netz, das indischen Mikrounternehmen ermöglicht, in energetischer Hinsicht ökologischere und effizientere Technologien anzuwenden.

Afrika südlich der Sahara

In Afrika konzentrieren sich die Aktivitäten auf die ländliche Entwicklung, die lokale Wirtschaft, das Gesundheits- und das Bildungswesen. Eine rückblickende Studie befasste sich mit den schweizerischen Alphabetisierungsprojekten auf den Kapverden und in Burkina Faso. Sie zeigte, dass eine langfristige Unterstützung strukturelle Veränderungen bewirken kann. Im Niger konnte die DEZA die Ernährungskrise im Jahr 2005 dank ihrer Kenntnisse des lokalen Kontextes voraussehen. Bei ihrem humanitären Einsatz konnte sie sich auf bereits bestehende Entwicklungsprogramme abstützen.

Das Spezialprogramm für die Entwicklungszusammenarbeit in Ruanda ist um vier Jahre verlängert worden. Die DEZA unterstützt insbesondere die Supervision der *gacaca*, der traditionellen Dorfgerichte, die die Fälle im Zusammen-

hang mit dem Genozid beurteilen. Im südlichen Afrika wurden einige lokale Initiativen erfolgreich ins Regionalprogramm aufgenommen, das Anfang 2005 eingeführt wurde. Das gilt auch für das ursprünglich in Südafrika lancierte Projekt zur schulischen Begleitung von Waisen und benachteiligten Kindern.

Lateinamerika

Trotz eines Wachstums von 4,3 Prozent in 2005 hat sich die Armut in Lateinamerika, wo die Verteilung der Reichtümer weltweit am ungerechtesten ist, kaum verringert. Die Schweiz unterstützt weiterhin den Dezentralisierungsprozess und die Schaffung von Wertschöpfungsketten. Sie beteiligt sich aktiv an den Harmonisierungsbemühungen, die in mehreren Ländern an Dynamik gewonnen haben. Bolivien, Nicaragua und Honduras haben Rahmenstrategien zur Armutsbekämpfung verabschiedet, nach denen die Geberländer ihre Programme ausrichten. Eine grosse Herausforderung besteht darin, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor noch besser in die Umsetzung dieser Strategien einzubinden.

Mittlerer Osten und Nordafrika

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit im Mittleren Osten liegt nach wie vor auf der Konflikttransformation. Nach dem Beispiel eines Projekts im Libanon hat die DEZA begonnen, in Jordanien die Reform des Jugendrechts zu unterstützen. In den palästinensischen Gebieten unterstützt sie weiterhin verschiedene lokale Institutionen, die Folteropfer pflegen, den kriegstraumatisierten Kindern psychologische Hilfe bieten und die Reintegration ehemaliger Gefangener fördern. Ein 2005 lanciertes Projekt bietet Temporärstellen für junge Arbeitslose, die im Gazastreifen leben. Ferner hat die DEZA im Hinblick auf die palästinensischen Wahlen im Januar 2006 Sensibilisierungsaktivitäten unterstützt.



Beispiel: Reform des Gesundheitssektors in Tansania

Mehrere Harmonisierungsmechanismen haben zu einer besseren Wirksamkeit der Hilfe im Gesundheitssektor in Tansania beigetragen. Unter dem Vorsitz der Schweiz koordinieren 25 Geldgeber ihre Bemühungen zur Finanzierung einer weit reichenden Reform des Gesundheitswesens, die 1999 von der Regierung in die Wege geleitet wurde. Acht Mitglieder der Gruppe, darunter auch die Schweiz, gehen einen Schritt weiter und gewähren dem Gesundheitsministerium eine sektorielle Budgethilfe. Es ist für den Einsatz der Gelder verantwortlich und gewährleistet deren transparente Verwaltung. In sechs Jahren hat der sektorielle Ansatz zu bedeutenden Ergebnissen geführt. So verringerte sich die Kindersterblichkeit um 30 Prozent und der Anteil der korrekt behandelten Malariafälle stieg von 11 auf 27 Prozent.



Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

Die baltischen Republiken und fünf Staaten Mitteleuropas haben den Prozess des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Übergangs abgeschlossen, was ihnen im Mai 2004 die Tür zur Europäischen Union (EU) öffnete. Davon ausgehend, dass diese Erweiterung die Sicherheit und den Wohlstand auf dem gesamten Kontinent erhöht, möchte die Schweiz ihre Solidarität mit der EU bezeugen und ihr helfen, die Herausforderungen zu meistern, die sich in dieser entscheidenden Phase ergeben. Zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten im Rahmen der erweiterten EU hat sie einen Beitrag von einer Milliarde Franken zugesagt. In den Balkanländern und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) hingegen sind die nötigen Reformen noch lange nicht beendet. Sie werden die technische und finanzielle Zusammenarbeit mit der Schweiz in den kommenden Jahren noch weiter benötigen.

Gleiche Rechtsgrundlagen

Der Bundesrat und die EU haben 2005 ein Memorandum of Understanding zu den Modalitäten des Schweizer Beitrags ausgehandelt. Das Dokument legt insbesondere den geografischen Verteilschlüssel und die Einsatzbereiche fest. Die Hilfe kommt den zehn neuen EU-Staaten direkt zu. 2005 führte die Schweiz in diesen Ländern Sondierungsmissionen durch.

Das Parlament ist aufgefordert, die Rechtsgrundlage der herkömmlichen Transitionshilfe zu erneuern. Es hat die Prüfung des Entwurfes zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (BG Ost) eingeleitet, das den Bundesbeschluss aus dem Jahr 1995 ersetzen soll, dessen Gültigkeit auf zehn Jahre beschränkt ist. Der Bundesrat hat vorgeschlagen, das BG Ost solle auch für den Beitrag der Schweiz an die erweiterte EU als Rechtsgrundlage

dienen. Er wird dem Parlament zu einem späteren Zeitpunkt zwei getrennte Rahmenkredite vorlegen. Der diesem Projekt zustimmende Ständerat hiess das BG Ost im Dezember mit 35 Stimmen ohne Gegenstimme gut. Im Frühjahr 2006 stimmte auch der Nationalrat zu.

Engagement in der Moldau

Die schweizerische Hilfe für Transitionsländer beträgt jährlich rund 200 Millionen Franken, aufgeteilt zwischen der technischen Zusammenarbeit der DEZA und der finanziellen Zusammenarbeit des seco. Die beiden Ämter sind in zehn Schwerpunktländern aktiv und führen zwei Regionalprogramme im Südkaukasus und in Zentralasien durch. Rund 70 Prozent ihrer Hilfe gehen an Südosteuropa, 30 Prozent an die GUS.

2005 ergänzte ein Programm für technische Zusammenarbeit die humanitären Aktivitäten in der Republik Moldau. Diese Unterstützung der Transition umfasst vor allem die Bereiche Mikrokredit, Berufsbildung und Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Im Jahr 2000 kam die Schweiz den Opfern einer katastrophalen Dürre zu Hilfe. Heute konzentriert sich ihre humanitäre Hilfe auf den Bau von Trinkwassersystemen in ländlichen Gegenden.

Zehn Jahre nach Dayton

Die Schweiz beabsichtigt, ihren Einsatz in Südosteuropa langfristig weiterzuführen. Im Oktober 2005 hiess der Bundesrat eine neue Strategie für die Westbalkanländer gut. Diese Region ist für die schweizerische Aussenpolitik von besonderer Bedeutung. Die eingesetzten Mittel müssen die Institutionen stärken, die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern und die Stabilität fördern.

Beispiel: Intensiv überwachter Staudamm in Tadschikistan

Der Sarez-See im Osten von Tadschikistan bildete sich 1911 infolge eines riesigen Erdbebens, das das Bartang-Tal verschloss. Seitdem befürchteten die Einwohner ständig einen Bruch dieses natürlichen Damms oder ein Überlaufen des Sees, beispielsweise als Folge eines Erdbebens. 2000 zeigten die vom seco finanzierten Analysen, dass die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe geringer ist als angenommen. Das seco unterstützte die Einrichtung eines Kontroll- und Alarmsystems. Es ist seit 2005 in Betrieb, kann Änderungen in der Stabilität des Damms feststellen und die Bevölkerung bei Überschwemmungsgefahr rasch alarmieren.

Mehrere Westbalkanländer haben sich 2005 der Europäischen Union angenähert. So hat Mazedonien den offiziellen Status eines Kandidatenlandes erhalten.

Besondere Aufmerksamkeit galt Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo. Aus Anlass des zehnten Jahrestags des Friedensabkommens von Dayton fand im Oktober in Genf mit Unterstützung der DEZA eine internationale Konferenz statt. Sie prüfte die Entwicklung in Bosnien seit 1995 und empfahl mögliche Wege für die Zukunft. Die Schweiz ist heute das viertgrösste Geberland in Bosnien, die Schwerpunkte ihres Programms sind die Verbesserung der sozialen Situation, die Rückkehr der Flüchtlinge, die Stärkung der Wirtschaft, die gute Gouvernanz und der Wiederaufbau der Infrastrukturen. 2005 unterstützte sie eine Reihe von Gesprächsrunden über die Revision der Staatsstrukturen und der künftigen Verfassung. Ein

neues Projekt wurde lanciert, um die Emigration zu stoppen: Es heisst «Re-connect» und bietet bosnischen Jugendlichen die Möglichkeit zu Berufspraktika in lokalen Institutionen.

Die Vereinten Nationen haben beschlossen, Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo zu eröffnen, einer Provinz, die sie seit Ende des Krieges im Jahr 1999 verwalten. Im Hinblick auf die Kompetenzübertragung an die kosovarischen Institutionen wird die Schweiz ihr Zusammenarbeitsprogramm neu ausrichten. Eine verstärkte Unterstützung der lokalen Regierungsführung und des Dezentralisierungsprozesses durch die DEZA wird die Umsetzung der Normen begünstigen, die von der internationalen Gemeinschaft insbesondere für den Schutz von Minderheiten festgelegt wurden. Das seco unterstützt das Umweltministerium bei der Bewirtschaftung der Flussbecken.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Bereich «Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit» des seco setzt die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen um, die ungefähr 15 Prozent der APD der Schweiz ausmachen. Die Armutsbekämpfung ist das Hauptziel seines Auftrags. Das seco unterstützt ein nachhaltiges Wachstum in Entwicklungs- und Transitionsländern. Es fördert deren Integration in die Weltwirtschaft. 2005 konzentrierten sich seine bilateralen Aktivitäten auf 26 Schwerpunktländer. Sie betreffen vier Einsatzgebiete, denen spezifische Instrumente zugeordnet sind.

Gründung der SIFEM

In den vergangenen zehn Jahren investierte das seco vorwiegend über Risikokapitalfonds rund 230 Millionen Franken in Finanzierungssysteme zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). In Anbetracht der raschen Entwicklung dieses Sektors beschloss es, eine auf Risikokapital spezialisierte Gesellschaft zu errichten und ihr das Management seines Portfolios zu übertragen. So entstand die SIFEM (Swiss Investment Fund for Emerging Markets), ein Privatunternehmen mit Sitz in Bern. Seit dem 1. Juni 2005 leitet SIFEM alle Investitionsaktivitäten des seco in Entwicklungs- und Transitionsländern. Sie bietet geschäftsfähigen KMU langfristiges Kapital unter Beachtung der sozialen und umweltschützerischen Normen. Detaillierte

Richtlinien gewährleisten einen nachhaltigen Einfluss auf die lokale Entwicklung.

Programm von Doha

Im Bereich der handelspolitischen Kooperation wurden die Arbeiten zum Entwicklungsprogramm von Doha im Jahr 2005 fortgeführt. Die *Task Force* «WTO Handel und Entwicklung» sorgte dafür, dass die Interessen der Entwicklungsländer in der von der Schweiz an der WTO-Konferenz in Hongkong vertretenen Position berücksichtigt wurden. Die Schweiz unterstützt weiterhin die Baumwoll-Initiative der westafrikanischen Länder. Sie hat denjenigen Partnerländern ihre Hilfe angeboten, die im Rahmen der WTO-Verhandlungen über Dienstleistungen Vorschläge ausarbeiten möchten. Gleichzeitig führt das seco seine Bemühungen im Hinblick auf einen einfacheren Marktzugang für Produkte seiner Partnerländer fort. 2005 legte es das Schwergewicht auf die Verstärkung der Wertschöpfungsketten und auf die Förderung von fairem Handel. Mit seiner Unterstützung wurde am 31. August in Bern eine *fair trade fair* organisiert. Ausserdem hat das seco die Vorbereitungen zur Revision des schweizerischen Zollpräferenzsystems eingeleitet.

Schweizer Vorsitz

Im Bereich der makroökonomischen Unterstützung bietet das seco allgemeine Budgethilfe, ein





Instrument, das eine enge Absprache zwischen den Geber- und den Partnerländern erfordert. Diese Hilfe gewährt es armen Ländern, die wichtige Strukturreformen einleiten. Die Budgethilfe macht zur Zeit 3 Prozent der APD aus, dieser Prozentsatz dürfte aber steigen. Trotz des relativ bescheidenen Volumens ist der Schweizer Beitrag vor Ort gut sichtbar. So hatte die Schweiz 2005 das Präsidium oder Co-Präsidium der Gebergruppen in Mosambik, Tansania und Nicaragua inne. Sie nützte diese Funktion, um die Deklaration von Paris zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu konkretisieren und den Evaluationsprozess zu verstärken. Neben der Budgethilfe bietet die Schweiz auch technische Assistenz, insbesondere im Bereich der Budget- und Fiskalreformen.

Im Auftrag des seco haben Expertinnen und Experten die Wirksamkeit des Performance Assessment Framework (PAF) beurteilt, mit dem der Stand von Reformen gemessen werden kann. Die Studie in fünf Ländern hat gezeigt, dass solche Rahmen zur Leistungsüberprüfung die Verwirklichung der mit der Budgethilfe unterstützten Ziele begünstigen.

Infrastrukturprojekte

Das seco finanziert auch die für die Modernisierung oder die Schaffung von Infrastrukturen notwendigen Ausrüstungsgüter und Dienstleistungen. Nicht rückzahlbare Finanzierungszuschüsse und Mischfinanzierungen sind die beiden Instrumente dieser finanziellen Zusammenarbeit. 2005 standen drei wichtige Projekte im Zentrum der Aktivitäten des seco in diesem Bereich. Eines betrifft das Stromversorgungsnetz in Mazedonien: Die Arbeiten sollen den Energieverlust beschränken, das Netz leistungsfähiger machen und ein Verschmutzungsproblem lösen. In Tadschikistan ermöglicht die Finanzhilfe aus der Schweiz eine Verbesserung der Wasserversorgung der Stadt Khujand. Und schliesslich wurde in den tansanischen Städten Dodoma und Tabora ein neues Projekt lanciert. Es bezweckt die Sanierung und Erweiterung der Wasserversorgung. Eine öffentlich-private Partnerschaft soll geschaffen werden, um den Betrieb und den Unterhalt der Installationen auf der Basis eines Leasingvertrags zu gewährleisten.

Humanitäre Hilfe

Bei Krisen und Katastrophen interveniert die Humanitäre Hilfe des Bundes, um Leben zu retten und Not zu lindern. Sie ist weltweit tätig und unparteiisch. Dieser Bereich der DEZA umfasst Nothilfe, Prävention, Wiederaufbau und Anwaltschaft für die Opfer. Zwei Drittel ihres Budgets werden in der multilateralen Zusammenarbeit eingesetzt, hauptsächlich mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und den UNO-Agenturen. Mit dem anderen Drittel werden die Einsätze des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und die

Beiträge an Schweizer Hilfswerke finanziert. 2005 war das SKH in 58 Ländern im Einsatz.

Aufbau nach dem Tsunami

Der schreckliche Tsunami im Dezember 2004, der über 300'000 Menschenleben forderte, löste eine beispiellose internationale Mobilisierung aus. Der Bund stellte für seine gesamten humanitären Operationen ein Budget von 35 Millionen Franken bereit, wobei dieser Betrag den vom Bundesrat freigegebenen Zusatzkredit von 25

Beispiel: Verbesserung des Geschäftsklimas in Burkina Faso

Eine Fülle von Vorschriften zu den geschäftlichen Aktivitäten behindert die Expansion der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Burkina Faso. In Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden lancierte das seco 2005 ein Programm zur Schaffung eines wirtschaftsfreundlicheren Umfelds. Es hat dessen Umsetzung der Partnerschaft für Privatwirtschaft in Afrika übertragen, die 2005 von der Internationalen Finanz-Corporation errichtet wurde. Neben der Reform des Arbeitsrechts bezweckt dieses Programm eine vereinfachte Registrierung und Liquidation von Unternehmen. Zudem hilft es den KMU, bei Nichteinhaltung der Verträge Rekurs- und Mediationsverfahren einzuleiten.

Millionen mit einschloss. Sofort nach Bekanntgabe der Katastrophe schickte die Humanitäre Hilfe Expertinnen und Experten sowie Hilfsmaterial in die fünf am stärksten betroffenen Länder. Der Nothilfe folgte dann der Wiederaufbau. In Zusammenarbeit mit der Glückskette und zwei Schweizer Hilfswerken realisierte die DEZA in Sri Lanka ein innovatives Projekt: Rund 8'000 Familien erhalten Bargeld für die Instandstellung ihrer Häuser. In Indonesien ermöglichte eine ähnliche Zusammenarbeit die Sanierung von drei Wasseraufbereitungsanlagen und die Ausbildung lokaler Fachpersonen als Ersatz für die zahlreichen in der Katastrophe verlorenen Mitarbeitenden. In Thailand unterstützt die DEZA den Wiederaufbau von drei Fischerdörfern. Dank einer direkten Finanzhilfe konnten die Bewohner neue Boote bauen und verfügten wieder über eine Existenzgrundlage.

Erdbeben und Hurrikane

Die Humanitäre Hilfe der Schweiz kam auch nach dem starken Erdbeben zum Einsatz, das am 8. Oktober in Pakistan über 80'000 Menschenleben und 70'000 Verletzte forderte. Mehr als 300 Tonnen Material wurden verteilt, und bis Ende 2005 standen 45 Expertinnen und Experten des SKH im Einsatz. Mit dem Wintereinbruch verschärfte sich die humanitäre Krise. Es begann ein Wettlauf gegen die Zeit, damit die Hilfsaktionen die betroffenen Regionen erreichten, bevor die Zugangsstrassen unpassierbar wurden.

In der Hurrikansaison 2005, die sich als ausserordentlich lange und zerstörerisch erwies, bildeten sich über dem Atlantikbecken 14 Hurrikane. Einer der verheerendsten, Katrina, zerstörte die Südküste der Vereinigten Staaten. In den ersten zwei Septemberwochen stellte die DEZA Rettungsteams und -material bereit, doch die amerikanischen Verantwortlichen verzichteten schliesslich auf diese Hilfe. Hingegen trat die DEZA Anfang Oktober in Aktion, um den Opfern

des Wirbelsturms Stan, der Mittelamerika durchzogen hatte, Hilfe zu leisten. Diese konzentrierte sich auf die am stärksten betroffenen Länder, namentlich Guatemala, Mexiko und El Salvador.

Katastrophenprävention

Die Humanitäre Hilfe des Bundes reserviert 10 Prozent ihrer Mittel für «Vorbeugungs- und Vorsorgeprogramme». Mit diesen wird eine Verringerung der Gefährdung der benachteiligten und von Naturkatastrophen am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen angestrebt. Die Schweiz beteiligte sich aktiv an der Weltkonferenz zur Prävention von Naturkatastrophen, die im Januar in Kobe (Japan) stattfand. Sie stellte den Konferenz-Koordinator und präsidierte das Komitee, das mit der Ausarbeitung der beiden Schlussdokumente betraut war. Die Teilnehmenden genehmigten einen Aktionsplan für die nächsten zehn Jahre, um die Risiken zu reduzieren und die Präventionsmechanismen in Entwicklungsländern zu verstärken. Sie verpflichteten sich, die Einführung eines Frühwarnsystems in den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans zu unterstützen.

Im November organisierte die DEZA in Managua (Nicaragua) eine Konferenz über die Prävention von Katastrophen in Mittelamerika. Die 150 Fachpersonen vertraten lokale Gemeinschaften, staatliche Institutionen und spezialisierte Organisationen. Sie tauschten ihre Erfahrungen aus zum Thema integriertes Risikomanagement auf Gemeindeebene.

Gemäss einem bilateralen Abkommen, das am 1. November 2005 unterzeichnet wurde, wird Angola die 21 Millionen Dollar, die die Genfer Justiz ins Land zurückführen wird, für humanitäre Projekte verwenden. Diese Gelder, die im Rahmen einer Strafuntersuchung lange auf Schweizer Konten blockiert waren, werden zur Finanzierung von Projekten in den Bereichen Wiederaufbau, Aufbau der Spitalinfrastruktur, berufliche Ausbildung und Wasserversorgung eingesetzt.



Beispiel: Vorbereitungskurse in medizinischer Nothilfe

Zur Verbesserung der medizinischen Soforthilfe in Krisensituationen setzt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Schwerpunkt auf die Vorbereitung der Einsatzkräfte. Mit der Unterstützung der Schweiz organisierte sie im November 2005 in Genf einen Kurs für Gesundheitspersonal, das für humanitäre Organisationen tätig ist. Verschiedene Module befassten sich mit der raschen Evaluation der Bedürfnisse, der Koordination, dem operativen Vorgehen, der Kommunikation, der Sicherheit usw. Rund 20 Teilnehmende, darunter sechs Mitglieder des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe, werden die Basis eines internationalen Netzes von Fachleuten bilden, das von der WHO zur Verfügung gestellt wird. Sie werden innerhalb von 24 Stunden einsatzbereit sein.

Statistiken 2005

Einleitung

Der Begriff der **Öffentlichen Entwicklungshilfe (APD)** umfasst definitionsgemäss alle Finanzströme an Entwicklungsländer und -regionen sowie an die im Bereich der Entwicklungshilfe tätigen multilateralen Organisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen und (iii) zu Vorzugskonditionen (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen) gewährt werden.

Die **Liste der Empfängerländer**, vom Entwicklungshilfesausschuss (DAC) der OECD 1969 erstellt, wurde von diesem kontinuierlich überarbeitet, um den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. 1993 wurde die Liste in zwei Teile aufgeteilt: Teil I: «traditionelle» Entwicklungsländer, Nutzniesser der APD und Teil II: Entwicklungs- und Transitionsländer, Nutzniesser der öffentlichen Hilfe (AP). 2005 beschloss der DAC, nur noch eine APD-Liste zu führen, die alle Länder mit geringem und mittlerem Einkommen umfasst, mit Ausnahme der Länder der G8 und der Europäischen Union, zurzeit 152 Länder. Die Daten zu den Ländern des ehemaligen Teils II werden nicht mehr erhoben.

Um die Vergleichbarkeit und Transparenz der APD-Leistungen sicherzustellen, hat der DAC umfassende **statistische Richtlinien** ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regeln. Die Richtlinien werden im Einvernehmen periodisch angepasst, um eine bessere Übereinstimmung der APD mit der Entwicklung der Instrumente der internationalen Zusammenarbeit zu gewährleisten.

In den letzten Jahren beschloss die Schweiz einige statistische Anpassungen zur Berechnung der APD, um sich der Mehrheit der Geberländer des DAC anzugleichen. Seit 2003 schliesst die Schweiz die bilateralen Entschuldungsmassnahmen, die den Entwicklungsländern im Rahmen des Pariser Klubs gewährt werden, zum Nominalwert mit ein sowie Aktionen der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, die bisher nicht in den Statistiken der APD erfasst wurden. Im Mai 2005 entschied der Bundesrat, von 2004 an die Kosten für Asylbewerber aus Entwicklungsländern während ihres ersten Jahres in der Schweiz zur APD zu zählen. Die Zahlen der APD 2005 beinhalten zudem die Kosten für militärisches Material, das der DEZA für humanitäre Zwecke zur Verfügung gestellt wurde.

Institutionell gesehen umfasst die schweizerische APD im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des seco. Die Ausgaben dieser beiden Ämter zugunsten von Transitionsländern (ehemals AP) erscheinen nicht mehr in den Statistiken, da die Daten zur AP auf internationaler Ebene nicht mehr erfasst werden.

Ausgaben DEZA/seco im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit (Mio. Fr.)	DEZA		seco (ohne Entschuldungsmassnahmen)	
	APD	nicht APD	APD	nicht APD
Humanitäre Hilfe	296.8	6.9		
Entwicklungszusammenarbeit	927.4	1.3	148.3	5.6
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	82.8	21.4	61.5	23.0
Total Ausgaben DEZA/seco	1'307.0	29.6	209.8	28.6

Anmerkung: Das oben erwähnte Total der Ausgaben der DEZA (1'336.6 Mio. Fr.) ist höher als die effektiven Ausgaben (1'313.0 Mio. Fr.). Die Differenz von 23.6 Millionen Franken ist darauf zurückzuführen, dass die Statistiken auf Basis der «Schuldverschreibungen» (Sichtwechsel) und nicht aufgrund der effektiven Auszahlungen erstellt werden.

Verwendete Zeichen:

- p = provisorisch
- 0.0 = Betrag ist kleiner als die Einheit
- = Betrag ist null
- .. = keine Angaben

Detaillierteres Zahlenmaterial publiziert die DEZA jährlich in der statistischen Broschüre «Aide au développement de la Suisse» und unter www.deza.admin.ch.

Tabelle 1
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2005 (Mio. Fr.)

	2005			2004		
	APD bilateral	APD multi-lateral	Total APD	APD bilateral	APD multi-lateral	Total APD
Bund	1'704.7	456.7	2'161.5	1'441.8	445.6	1'887.3
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)	915.7	391.3	1'307.0	872.6	378.8	1'251.3
Humanitäre Hilfe	271.2	25.6	296.8	239.0	30.8	269.9
Entwicklungszusammenarbeit	561.7	365.7	927.4	560.3	347.9	908.2
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	82.8	–	82.8	73.2	–	73.2
Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)	481.9	6.4	488.3	221.0	10.0	231.0
Entwicklungszusammenarbeit	141.8	6.4	148.3	146.2	10.0	156.2
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	61.5	–	61.5	64.5	–	64.5
Entschuldungsmassnahmen (Pariser Klub)	278.6	–	278.6	10.2	–	10.2
Bundesamt für Migration (BFM)	178.7	–	178.7	256.1	–	256.1
Rückkehrhilfe	17.6	–	17.6	21.1	–	21.1
Hilfe an Asylbewerber in der Schweiz	161.1	–	161.1	235.1	–	235.1
Politische Abteilung IV und Direktion für Völkerrecht (EDA)	43.5	–	43.5	31.4	–	31.4
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte	43.5	–	43.5	31.4	–	31.4
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)	62.7	4.0	66.7	38.6	–	38.6
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit	40.0	4.0	44.0	38.6	–	38.6
Ausrüstung zu humanitären Zwecken	22.7	–	22.7	–	–	–
Andere Bundesämter	22.2	55.0	77.1	22.1	56.9	79.0
Kantone und Gemeinden	39.3^P	–	39.3^P	33.7	–	33.7
Total	1'744.1	456.7	2'200.8	1'475.5	445.6	1'921.1
APD in % des BNE			0.44%			0.40%

2005 ist die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz (APD) weiter gestiegen und hat 0.44% des Bruttonationaleinkommens (BNE) erreicht (2004 0.40%, 2003 0.37%). In Zahlen ausgedrückt hat die APD, die total 2'201 Millionen Franken beträgt, im Vergleich zum Vorjahr um 14.6% zugenommen. Diese Zunahme basiert ausschliesslich auf den Entschuldungsmassnahmen, die Irak und Nigeria in dieser Periode gewährt wurden (279 Mio. Fr.). Ohne diese statistischen Anpassungen hätte die APD 0.39% des BNE erreicht. Die Aufteilung nach Hilfskategorien hat sich 2005 merklich verändert, die Entschuldungsmassnahmen und die Kosten für die Asylbewerber machen zusammen 20% der APD aus. Der Anteil der traditionellen Aktivitäten der DEZA und des seco an der APD ist auf 69% gefallen (2004 77%).
 Siehe Erklärungen zur APD auf Seite 12.

Grafik 1
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz nach Hilfskategorien 1995–2005 (Mio. Fr.)

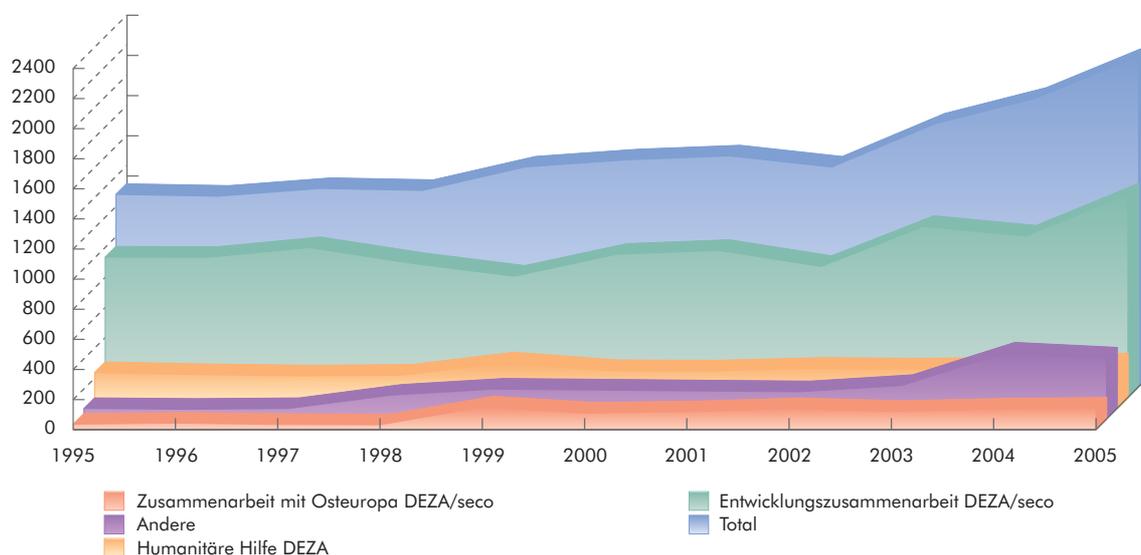


Tabelle 2

Entwicklung der APD und privaten Spenden der NGOs 1960–2005 (Mio. Fr.)

	1960	1970	1980	1990	2000	2001	2002	2003	2004	2005
APD	15.1	130.0	423.1	1'041.4	1'510.9	1'537.0	1'462.4	1'748.0	1'921.1	2'200.8
BNE ^{a)}	37'066	92'570	177'270	326'102	450'327	446'044	445'721	468'908	483'152	497'365
APD in % des BNE	0.04 %	0.14 %	0.24 %	0.32 %	0.34 %	0.34 %	0.33 %	0.37 %	0.40 %	0.44 %
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.58 %	1.67 %	2.43 %	3.46 %	3.21 %	3.06 %	2.88 %	3.50 %	3.82 %	4.28 %
APD in % der öffentlichen Ausgaben	..	0.64 %	0.89 %	1.20 %	1.22 %	1.18 %	1.09 %	1.29 %	1.38 %	1.57 %
Private Spenden der NGOs	..	50.8	106.6	148.6	272.0	319.3	298.2	339.8	321.9	..
Private Spenden der NGOs in % des BNE	..	0.05 %	0.06 %	0.05 %	0.06 %	0.07 %	0.07 %	0.07 %	0.07 %	..

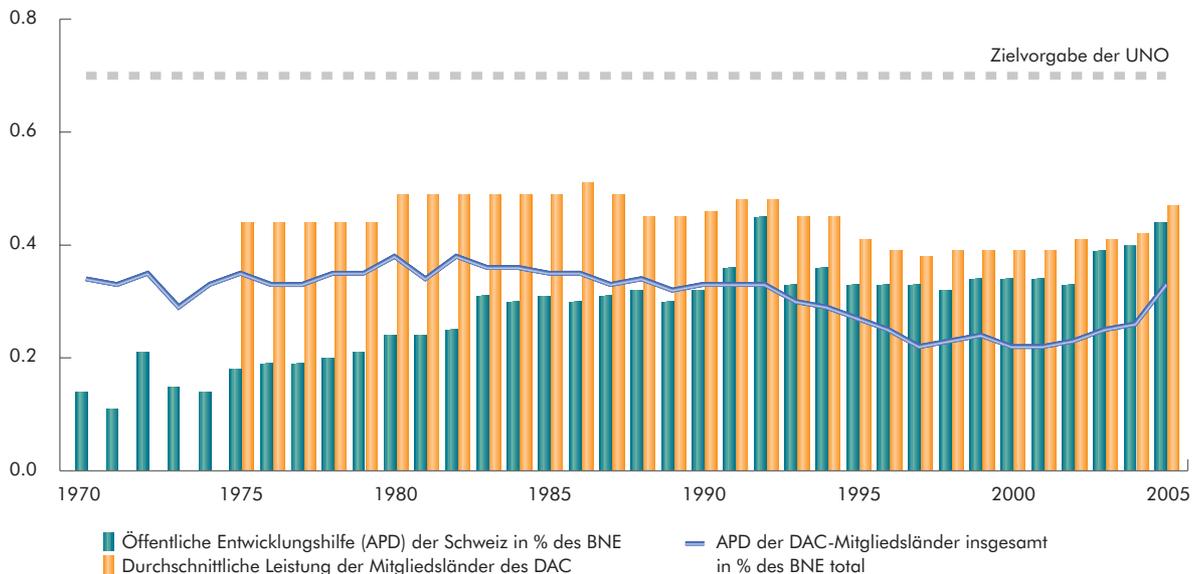
^{a)} BNE seit 1995, BSP für die früheren Jahre. Bis 2002 definitive Zahlen, provisorische für 2003 und 2004 (Bundesamt für Statistik). Für 2005 Schätzung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (Februar 2006)

Gemessen in Prozenten des Bruttonationaleinkommens (BNE) hat die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz bis 1990 regelmässig zugenommen und hat sich in den letzten 10 Jahren um 0.34 % stabilisiert. In den letzten drei Jahren hat sich das Wachstum der APD stark beschleunigt, in erster Linie aufgrund der statistischen Anpassungen, und erreichte 2005 0.44 %.

Die privaten Spenden an die Entwicklungsländer von Seiten der Hilfswerke und anderer gemeinnütziger Nichtregierungsorganisationen sind seit 2000 gewachsen und haben 0.07 % des BNE erreicht. Die Nettoprivatspenden der NGOs (ohne die Beiträge des öffentlichen Sektors an diese Organisationen) betragen 2004 45 Franken pro Einwohner.

Grafik 2

APD in % des BNE der Schweiz und der Mitgliedsländer des DAC 1970–2005



Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Mitgliedsländer des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) hat 2005 die noch nie da gewesene Höhe von 106 Milliarden US-\$ erreicht, davon 23 Milliarden US-\$ für Entschuldungsmassnahmen (provisorische Zahlen). Dieses Total stellt 0.33 % des globalen BNE der DAC-Mitgliedsländer dar, im Vergleich zu 0.26 % im Jahr 2004. Die durchschnittliche Leistung der DAC-Länder (durchschnittlicher Prozentsatz APD/BNE der einzelnen Länder) betrug 0.47 %, d.h. 0.05 % höher als 2004. Mit 0.44 % liegt die Schweiz unter den 22 DAC-Ländern in Prozenten APD/BNE auf Rang 11, in absoluten Zahlen auf Rang 14.

Das von den Vereinten Nationen vor langer Zeit festgelegte Ziel von 0.7 % wurde bisher nur von 5 DAC-Mitgliedsländern erreicht, 5 weitere Länder liegen über dem Durchschnitt von 0.47 %.

Tabelle 3

Multilaterale APD der Schweiz 2005, allgemeine Beiträge (Mio. Fr.)

	2005	2004
Organisationen der Vereinten Nationen	138.4	142.8
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	52.0	52.0
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	18.0	17.8
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	12.5	12.4
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	11.0	13.5
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	10.5	12.7
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	5.0	4.9
HIV/AIDS-Programm der UNO (UNAIDS)	4.2	4.2
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)	3.6	3.6
UNO-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO)	2.0	1.9
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)	1.8	2.2
Welternährungsprogramm (WFP)	1.5	1.5
UNO-Entwicklungsfonds für die Frauen (UNIFEM)	1.0	0.9
Freiwilligenprogramm der UNO (UNV)	0.6	0.6
UNO-Organisationen, Beiträge teilweise als APD anrechenbar ^{a)}	12.8	13.0
Andere Entwicklungsorganisationen der UNO	2.0	1.6
Internationale Finanzierungsinstitutionen	259.8	255.6
Internationale Entwicklungsagentur (IDA)	176.9	176.9
Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)	1.7	1.7
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF)	51.2	35.8
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)	13.3	13.9
Interamerikanische Investitionsgesellschaft (IIC)	1.2	1.1
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	7.1	7.1
Treuhandfonds des Internationalen Währungsfonds (IWF)	6.0	5.9
Subventionskonto für die Nothilfemassnahmen (IWF)	2.5	–
Fazilität zur Armutsbekämpfung und Wachstumsförderung des IWF (PRGF)	–	8.2
Fonds zugunsten hochverschuldeter armer Länder (HIPC)	–	5.0
Andere Institutionen	58.6	47.2
Globaler Umweltfonds (GEF)	16.8	17.1
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	12.0	11.5
Genfer Internationales Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD)	8.0	–
Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM)	5.0	3.0
Internationale Organisation der Frankophonie (OIF)	4.7	4.5
Internationale Tropenholzorganisation (ITTO)	3.8	0.0
Montreal-Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen	3.5	3.9
Internationale Vereinigung zur Bewahrung der Natur (IUCN)	1.5	1.3
International Center for Diarrhoeal Disease Research (ICDDR)	1.2	1.4
International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA)	1.0	1.0
Andere Institutionen	1.1	3.5
Total multilaterale APD	456.7	445.6

^{a)} angerechneter Prozentsatz gemäss DAC-Direktiven

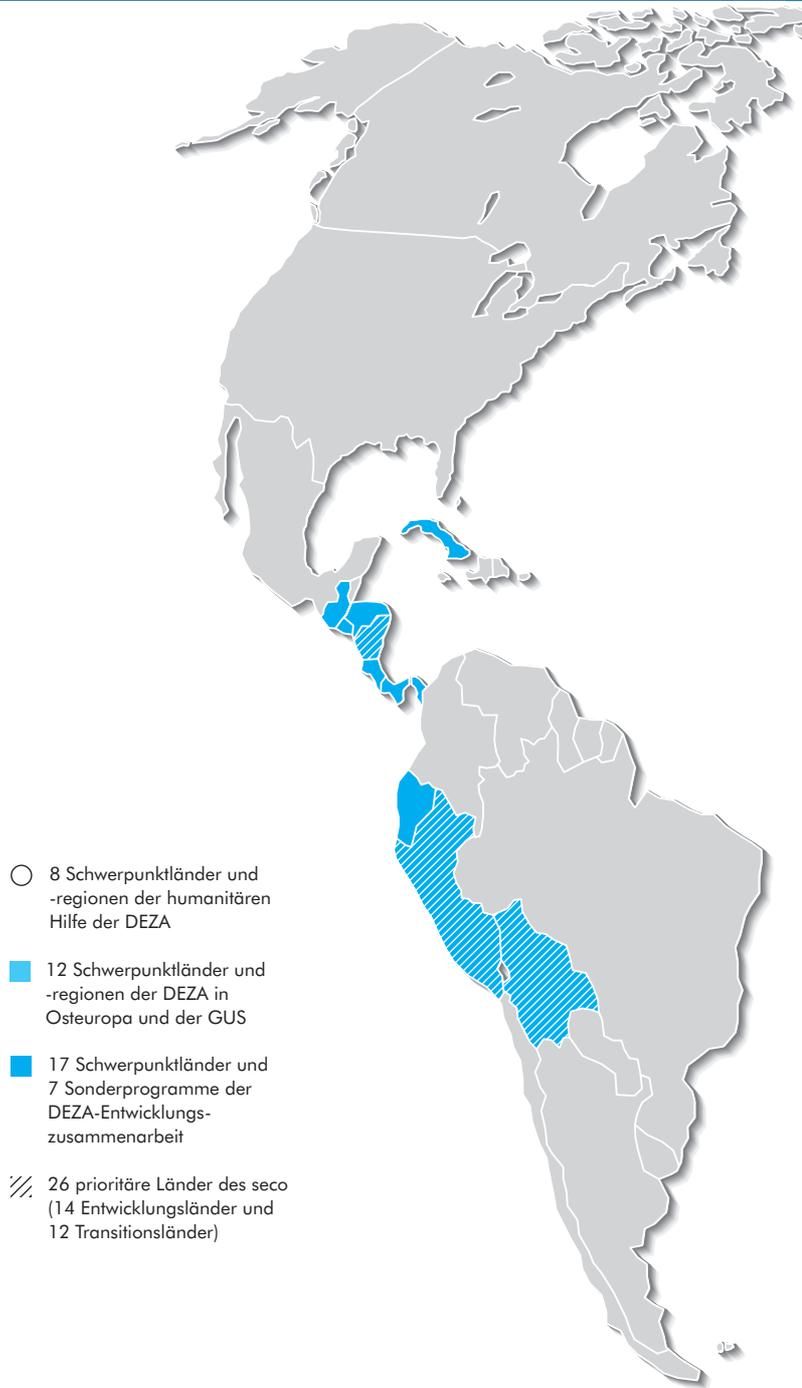
Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge an internationale (intergouvernementale) Entwicklungsinstitutionen, die vom DAC als solche definiert wurden und auf der Liste derjenigen Organisationen figurieren, welche die Bedingungen erfüllen, um der APD zugerechnet werden zu können. Da das IKRK vom DAC als internationale Nichtregierungsorganisation angesehen wird, zählen Beiträge an diese Institution zur bilateralen APD. Das GICHD wurde neu in die DAC-Liste der multilateralen Organisationen aufgenommen und zählt seit 2005 zur multilateralen APD.

Das Volumen der multilateralen APD ist relativ stabil geblieben. Die in Tabelle 1 beschriebenen statistischen Anpassungen führten zu einer Reduktion ihres Anteils am Total der APD (21 %). Die Beiträge an die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFIs) machen weiterhin mehr als die Hälfte der multilateralen APD aus. Bei den IFIs werden jedoch nicht die effektiven Auszahlungen, sondern die hinterlegten «Schuldverschreibungen» (Sichtwechsel) als APD-Beiträge erfasst, was von einem Jahr zum andern zu beträchtlichen Differenzen führen kann.

Tabelle 4

Geografische Aufteilung der Ausgaben DEZA/seco und bilaterale APD 2005 (Mio. Fr.)

	DEZA Hum. Hilfe	DEZA EZA u. Ost	seco EZA u. Ost	Total DEZA/seco	APD
Afrika	65.6	165.3	141.1	372.0	392.4
Nigeria ^{a)}	–	0.1	62.4	62.5	62.5
Mosambik	0.3	16.5	12.5	29.2	30.8
Tansania	0.5	17.9	10.6	29.1	29.4
Burkina Faso	0.4	14.8	9.7	24.9	25.8
Tschad	3.1	12.5	–	15.6	16.1
Ghana	0.2	0.3	14.6	15.2	15.2
Mali	0.4	14.2	0.3	14.9	15.8
Republik Kongo ^{a)}	0.2	0.0	14.5	14.7	14.8
Sudan	13.1	0.6	–	13.8	16.1
Niger	1.4	12.1	–	13.5	14.3
Ägypten	–	0.7	10.9	11.6	11.8
Benin	0.2	10.1	–	10.3	10.8
Südafrika	0.4	5.0	4.1	9.5	9.8
Madagaskar	1.1	6.6	–	7.6	8.3
Kongo (D.R.)	5.7	1.7	–	7.3	8.9
Ruanda	1.2	5.8	–	7.0	7.3
Burundi	4.6	0.8	–	5.4	5.8
Angola	5.3	0.1	–	5.3	6.4
Liberia	3.8	0.0	–	3.8	3.9
Uganda	3.7	0.1	–	3.7	4.0
Senegal	0.1	3.3	–	3.4	3.7
Elfenbeinküste	2.0	1.4	–	3.3	3.6
Andere Länder	15.3	10.1	0.0	25.4	29.9
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	2.6	30.7	1.7	35.0	37.4
Lateinamerika	22.0	81.8	28.6	132.5	143.0
Bolivien	0.3	17.2	4.0	21.4	22.1
Nicaragua	0.4	7.2	10.4	17.9	18.4
Peru	2.6	12.6	2.4	17.6	18.3
Ecuador	0.1	10.2	–	10.3	11.0
Kolumbien	5.2	2.5	1.6	9.4	11.6
Kuba	4.8	2.1	0.8	7.6	8.0
Haiti	3.2	2.7	–	5.9	6.2
Guatemala	1.8	1.5	1.7	5.0	6.4
Brasilien	1.6	1.9	0.9	4.4	5.4
El Salvador	0.4	3.0	0.7	4.1	4.3
Costa Rica	–	2.7	0.7	3.3	3.3
Andere Länder	0.9	5.1	–	5.9	7.8
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	0.8	13.1	5.5	19.5	20.0
Asien	73.8	175.8	250.0	499.5	522.2
Irak ^{a)}	1.4	0.2	202.0	203.7	203.7
Indien	0.2	28.0	1.1	29.3	30.7
Pakistan	7.9	15.3	–	23.2	24.2
Vietnam	0.4	14.4	7.8	22.6	23.1
Afghanistan	11.5	9.2	–	20.6	22.1
Indonesien	12.3	2.7	4.2	19.2	24.8
Nepal	0.8	17.9	–	18.6	19.9
Palästina	7.0	10.2	–	17.2	18.6
Bangladesch	0.1	12.7	–	12.8	13.3
Tadschikistan	0.4	5.0	6.7	12.1	12.4
Kirgisistan	–	5.7	5.3	11.0	11.6
Sri Lanka	8.8	2.1	–	10.9	14.0
China	0.0	3.8	6.2	10.0	6.9
Aserbaidshan	1.9	0.6	5.6	8.1	7.0
Usbekistan	0.0	2.5	5.5	8.0	8.2
Georgien	5.2	0.8	0.5	6.5	7.3
Bhutan	–	6.3	–	6.3	6.4
Nordkorea	0.7	4.5	–	5.2	5.3
Laos	–	4.4	–	4.4	4.5
Thailand	4.2	0.1	–	4.4	4.5
Kambodscha	–	3.8	0.5	4.3	4.6
Mongolei	0.7	2.6	–	3.3	3.3
Andere Länder	6.2	6.2	2.3	14.7	15.5
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	4.2	16.4	2.3	23.0	30.3



- 8 Schwerpunktländer und -regionen der humanitären Hilfe der DEZA
- 12 Schwerpunktländer und -regionen der DEZA in Osteuropa und der GUS
- 17 Schwerpunktländer und 7 Sonderprogramme der DEZA-Entwicklungszusammenarbeit
- ▨ 26 prioritäre Länder des seco (14 Entwicklungsländer und 12 Transitionsländer)

	DEZA Hum. Hilfe	DEZA EZA u. Ost	seco EZA u. Ost	Total DEZA/seco	APD
Europa	17.4	75.6	44.3	137.3	151.3
Serbien-Montenegro	1.5	13.2	8.5	23.3	59.9
Ukraine	0.6	6.1	9.8	16.6	16.8
Russland	5.8	5.2	4.2	15.2	
Albanien	0.0	5.8	5.8	11.7	11.9
Mazedonien	–	6.1	4.4	10.4	11.5
Bosnien-Herzegowina	0.6	8.8	1.0	10.4	20.7
Bulgarien	0.4	7.0	2.7	10.1	
Rumänien	0.4	7.3	0.9	8.6	
Republik Moldau	3.1	2.5	0.8	6.4	6.6
Andere Länder	4.8	2.0	–	6.8	4.3
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	0.3	11.4	6.1	17.8	19.5
Nicht zuteilbar per Kontinent	99.2	168.8	47.6	315.6	535.2
Total 2005	278.0	667.3	511.6	1456.9	1744.1
Total 2004	250.0	668.5	265.5	1184.0	1475.5

^{a)} inklusive bilaterale Entschuldungsmassnahmen



Tabelle 5

Bilaterale APD nach Einkommenskategorien 2001–2005 (Mio. Fr.)

	2001	2002	2003	2004	2005
Länder					
am wenigsten entw. (LDC)	275.9	295.7	341.4	320.5	304.4
mit geringem Einkommen	140.6	187.9	176.4	196.1	246.4
mit mittlerem Einkommen	273.4	264.4	300.8	269.6	550.8
Regionale und nicht zuteilbare Projekte	406.9	444.1	452.0	689.3	642.4
Total bilaterale APD	1096.9	1192.1	1270.6	1475.5	1744.1

Die umfangreichen **Entschuldungsmassnahmen** haben Auswirkungen auf die geografische Verteilung und die Einkommenskategorien. Die **bilateralen Ausgaben DEZA/seco** umfassen die gesamten Bruttobeiträge an die Empfängerländer, ob sie nun zur APD zählen oder nicht, und ohne Berücksichtigung der Rückzahlungen für frühere Darlehen des seco. Zur **bilateralen APD** werden die Nettozahlungen der Bundesämter und der öffentlichen Hand an die internationale Zusammenarbeit gezählt. Die **nicht zuteilbaren** Beiträge umfassen Leistungen an Programme und Budgets von Organisationen, Begleitmassnahmen und die Logistik in der Schweiz.

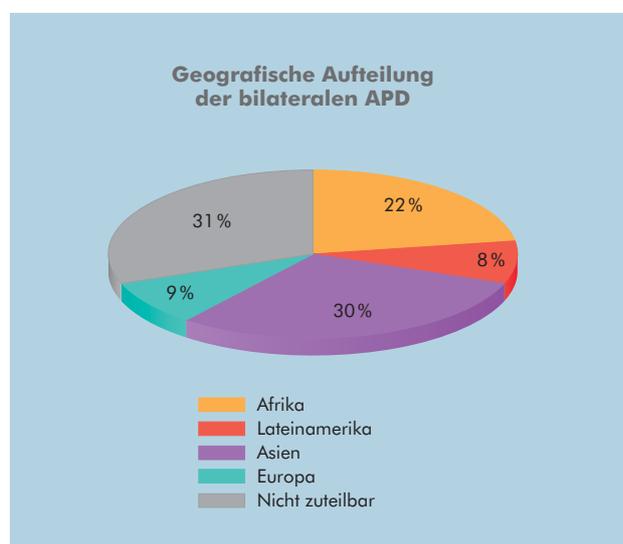


Tabelle 6
Humanitäre Hilfe
der DEZA 2005
(Mio. Fr.)

	Allgemeine Barbeiträge	Ausser- ordentliche Barbeiträge	Nahrungs- mittelhilfe	Total
Internationale Organisationen	25.6	68.0	19.3	113.0
Welternährungsprogramm (WFP)	1.5	24.1	17.7	43.4
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	11.0	16.8	–	27.8
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	10.5	0.8	–	11.3
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)	1.8	5.9	–	7.6
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	–	4.3	–	4.3
Andere internationale Organisationen	0.9	16.1	1.6	18.6
Organisationen des Internationalen Roten Kreuzes	71.0	23.5	–	94.5
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	70.0	22.9	–	92.9
Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRCRCS)	1.0	0.6	–	1.6
Schweizer NGOs	–	14.3	10.8	25.1
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH), inkl. admin. Kosten	–	56.7	0.5	57.2
Andere Aktionen der humanitären Hilfe	–	11.5	2.4	13.9
Total humanitäre Hilfe 2005	96.6	174.0	33.0^{a)}	303.7
Total humanitäre Hilfe 2004	101.3	146.3	33.2	280.9

a) 19 Mio. Fr. für schweizerische Milchprodukte und 14 Mio. Fr. für Getreide

Der Totalbetrag der Humanitären Hilfe des Bundes für 2005 beinhaltet einen Zusatzkredit von 25 Millionen Franken, der vom Bundesrat für Soforthilfe und erste Wiederaufbaumassnahmen für die Opfer, vor allem in Südostasien, des Erdbebens/Tsunami vom 26. Dezember 2004 gesprochen wurde.

Tabelle 7
Einsätze des
Schweizerischen
Korps für huma-
nitäre Hilfe
(SKH) 2005

Fachbereiche	Afrika		Lateinamerika		Asien		Europa		Total	
	Total Einsätze	davon secondments ^{a)}	Total Einsätze	davon secondments						
Logistik	36	19	9	2	89	5	14	5	148	29
Anwaltschaft/Protection	3	3	–	–	2	2	–	–	5	5
Bau	10	9	3	–	40	7	10	2	63	18
Medizin	6	4	2	2	25	–	3	3	36	6
Trinkwasser/ Siedlungshygiene	12	12	–	–	15	–	5	–	32	12
Vorbeugung/Vorsorge	1	1	7	1	16	–	26	1	50	3
Information	1	1	–	–	5	–	3	–	9	1
Umwelt/Atom, Biologie, Chemie (ABC)	1	1	–	–	4	3	4	–	9	4
Rettung	–	–	–	–	5	–	3	–	8	–
Andere ^{b)}	–	–	1	–	26	3	1	–	28	3
Total Einsätze 2005	70	50	22	5	228	20	69	11	389	81
Total Einsätze 2004	146	40	12	–	98	20	106	5	362	65

a) Secondments: Zurverfügungstellung von Mitgliedern des SKH an internationale Organisationen

b) Andere: Einsätze des Soforteinsatzteams und der Rettungskette Schweiz

2005 leistete das SKH insgesamt 33'432 Einsatztage.

Tabelle 8
Bilaterale Entwicklungs-
zusammenarbeit
der DEZA nach
Sektoren 2005
(Mio. Fr.)

	Gesundheit und Bevölkerung	Erziehung	Wasser	Landwirtschaft/ Forstwesen	Gouvernanz	Soziale Dienst- leistungen und Infrastruktur	Wirtschaftliche Entwicklung	Multisektoriell und Allgemein	Total
Afrika	22.9	17.1	7.2	20.0	20.8	10.2	0.4	66.8	165.3
Südafrika/Südliches Afrika	2.4	1.8	1.4	2.2	3.8	0.9	0.0	9.5	22.0
Tansania	8.1	0.1	–	–	2.0	0.7	0.0	7.0	17.9
Mosambik	4.6	0.3	2.8	2.7	2.4	0.4	-1.2	4.4	16.5
Burkina Faso	0.1	3.9	–	0.9	0.6	1.6	0.2	7.4	14.8
Mali	0.9	1.9	0.4	2.1	1.9	2.4	0.3	4.3	14.2
Tschad	0.7	4.6	–	1.1	–	0.7	–	5.4	12.5
Niger	0.1	0.6	0.1	1.8	1.1	1.9	0.0	6.4	12.1
Benin	4.0	0.7	–	0.1	0.4	0.7	0.6	3.7	10.1
Ruanda/Grosse Seen	1.4	–	–	–	4.7	0.1	0.1	2.1	8.4
Madagaskar	–	–	–	6.0	0.2	0.2	–	0.2	6.6
Lateinamerika	1.7	2.3	5.1	11.5	10.6	3.5	8.0	39.1	81.8
Nicaragua/Zentralamerika	0.0	0.6	3.5	5.7	1.1	3.1	3.3	9.0	26.3
Bolivien	0.0	0.0	–	2.1	4.6	0.1	2.2	8.2	17.2
Peru	1.6	0.9	0.5	0.7	2.5	–	1.3	5.1	12.6
Ecuador	–	0.4	0.0	1.4	2.0	–	1.0	5.4	10.2
Kuba	–	–	–	0.1	–	0.2	–	1.8	2.1
Asien	5.9	9.5	8.2	20.3	33.4	13.0	8.0	52.9	151.2
Indien	–	0.1	5.4	3.1	5.5	2.9	2.1	8.8	28.0
Vietnam/Mekong	3.2	0.4	0.8	5.4	7.0	–	0.0	5.8	22.7
Nepal	0.9	1.7	–	3.3	1.7	6.4	0.1	3.8	17.9
Pakistan	0.0	0.0	0.5	0.8	4.7	–	3.0	6.3	15.3
Bangladesch	–	2.6	0.6	-1.2	0.3	1.7	1.5	7.2	12.7
Palästina	1.3	0.2	–	0.0	1.9	0.9	–	5.9	10.2
Bhutan	0.3	2.2	–	2.0	0.2	0.6	0.0	1.0	6.3
Nordkorea	–	–	–	1.7	0.9	0.3	1.1	0.5	4.5
Mongolei	–	0.0	–	1.2	–	0.0	0.0	1.4	2.6
Europa	0.3	1.2	–	0.0	0.1	0.0	0.0	0.7	2.3
Nicht zuteilbar per Kontinent	5.1	8.6	2.7	10.1	12.3	4.7	4.7	114.1	162.3
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA 2005	35.8	38.8	23.3	61.9	77.2	31.5	21.0	273.7	563.0

Diese Tabelle veranschaulicht die Politik der geografischen Konzentration der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der DEZA auf 17 Schwerpunktländer und -regionen sowie 7 Sonderprogramme. In den meisten dieser Länder verfügt die DEZA über eine langjährige Erfahrung der Zusammenarbeit sowohl mit den Regierungen wie auch den Akteuren der Zivilgesellschaft oder dem privaten Sektor. Mehrjährige Zusammenarbeitsstrategien bilden einen Referenzrahmen für die sektoriellen Ausrichtungen. Im März 2005 unterschrieb die Schweiz die Erklärung von Paris, die eine bessere Wirksamkeit der Hilfe zum Ziel hat. Im Bereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit geht es in erster Linie um die Verstärkung der Koordination unter den Geldgebern und der Harmonisierungsanstrengungen vor Ort. 2005 übernahm die Schweiz konkrete Führungs- und Koordinierungsaufgaben in Mosambik, Tansania, Nicaragua und Ecuador. Trotz schwieriger Situationen in mehreren Partnerländern konnten die Programme 2005 grösstenteils wie vorgesehen durchgeführt werden. Besonders schwierig waren die Bedingungen in Nepal. Der Beschluss wurde gefasst, eine neue Zusammenarbeitsstrategie auszuarbeiten, welche die verschiedenen Instrumente der schweizerischen Aussenpolitik vereint und ein begrenzteres Programm einzuführen, das verstärkt auf Konfliktlösung und Schutz der Menschenrechte ausgerichtet ist.

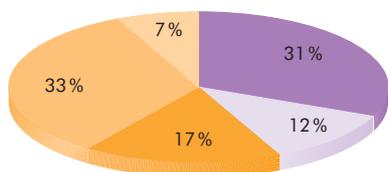
Tabelle 9
Bilaterale Zusammenarbeit des seco mit Entwicklungsländern nach Instrumenten und Kontinenten 2005 (Mio. Fr., effektive Ausgaben)

Instrumente	Afrika	Lateinamerika	Asien	Andere	Total
Makroökonomische Hilfe	36.2	6.6	0.5	3.6	47.0
Infrastrukturfinanzierung	10.7	1.7	4.6	0.5	17.4
Handelsförderung	5.3	5.5	5.1	14.1	30.0
Investitionsförderung	11.9	14.7	12.4	10.7	49.7
Entschuldungsmassnahmen ^{a)}	76.5	–	202.0	0.3	278.9
Studien und verschiedene Massnahmen	0.5	0.1	0.1	5.0	5.7
Total 2005	141.1	28.6	224.7	34.3	428.7
Total 2004	67.9	33.5	35.2	32.5	169.1

^{a)} 2005 hat die Schweiz den Entwicklungsländern bilaterale Schulden im Wert von 278.6 Millionen Franken erlassen. Diese Entschuldungsmassnahmen werden der APD zugerechnet, haben aber keinen Einfluss auf das Budget der Entwicklungszusammenarbeit

Abgesehen von den Entschuldungsmassnahmen, die keinen Einfluss auf das Budget der Zusammenarbeit haben, bleibt Afrika der Schwerpunkt der wirtschafts- und handelspolitischen Zusammenarbeit des seco, gefolgt von Lateinamerika und Asien. In den letzten Jahren und insbesondere seit der Einführung der Strategie 2006 wurde die geografische Konzentration verstärkt vorangetrieben. Bereits 2006 wird das seco 80% seiner Mittel für 12 prioritäre Länder des Südens einsetzen. Parallel dazu werden weiterhin regionale Projekte durchgeführt, die besonders im Bereich der Handels- und Investitionsförderung oft wirksamer sind als isolierte Projekte für einzelne Länder.

Grafik 3
Zusammenarbeit des seco mit Entwicklungsländern 2005 (ohne Entschuldungsmassnahmen)



- Makroökonomische Hilfe
- Infrastrukturfinanzierung
- Handelsförderung
- Investitionsförderung
- Studien und verschiedene Massnahmen

Tabelle 10
Bilaterale
Zusammenarbeit
DEZA/seco mit
Osteuropa und
der GUS 2005
(Mio. Fr.)

DEZA technische Zusammenarbeit nach Sektoren	Südost-europa	GUS ^{a)}	Nicht zuteilbar	Total
Gouvernanz	13.3	9.4	0.0	22.7
Gesundheit	9.7	6.5	0.0	16.2
Umwelt, Wasser, Infrastruktur	5.7	4.8	–	10.5
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	3.9	11.0	0.1	14.9
Erziehung und Bildung	6.1	1.2	0.0	7.4
Wirtschaftl. Entwicklung und Beschäftigung	7.1	1.2	–	8.3
Kultur und Forschung	5.9	0.5	0.2	6.7
Andere Sektoren	12.3	3.8	1.4	17.5
Total DEZA 2005	64.0	38.4	1.8	104.2

seco wirtschaftliche Zusammenarbeit nach Instrumenten	Südost-europa	GUS ^{a)}	Nicht zuteilbar	Total
Infrastrukturfinanzierung ^{b)}	20.5	18.2	–	38.7
Handelsförderung	3.6	5.5	3.8	12.9
Investitionsförderung	3.8	19.3	2.0	25.1
Makroökonomische Hilfe	0.9	0.2	–	1.1
Andere Instrumente	0.4	0.2	4.5	5.1
Total seco 2005	29.2	43.4	10.3	82.9

Total DEZA/seco 2005	93.2	81.8	12.1	187.1
Total DEZA/seco 2004	98.3	80.5	24.7	203.6

^{a)} Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

^{b)} darunter namentlich Projekte in den Sektoren Energie, Wasser und Umwelt

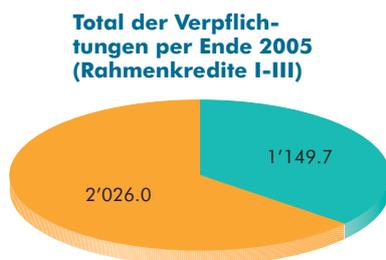
Die Programme im Bereich der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas und der GUS werden von DEZA und seco gemeinsam definiert. Die finanziellen Mittel werden in Form gemeinsamer Rahmenkredite beantragt.

Die DEZA setzt ihre Mittel zur Förderung von Demokratisierung, Wirtschafts- und Sozialreformen ein. Zu den Schwerpunkten gehören die Stärkung öffentlicher und privater Institutionen, gute Regierungsführung, Einkommensförderung, Reformen des Bildungs- und Gesundheitssektors sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Das seco unterstützt in erster Linie den Ausbau der Basisinfrastruktur, wozu auch zahlreiche Projekte aus den Sektoren Energie und Umwelt gehören. Weitere Schwerpunkte liegen auf der Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel und des Handels sowie auf der Entwicklung des Finanzsektors.

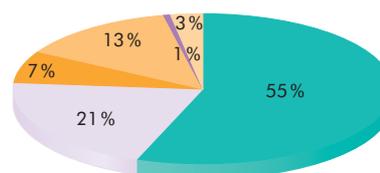
Grafik 4

Zusammenarbeit
DEZA/seco mit Ost-
europa und der
GUS nach Instru-
menten (Mio. Fr.)



■ Technische Zusammenarbeit
■ Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auszahlungen 2005



■ Technische Zusammenarbeit
■ Infrastrukturfinanzierung
■ Handelsförderung
■ Investitionsförderung
■ Makroökonomische Hilfe
■ Andere Instrumente

Tabelle 11

Partner
DEZA/seco für
bilaterale
Aktivitäten der
Entwicklungs-
zusammenarbeit
und humanitären
Hilfe 2005
(Mio. Fr.)

	DEZA				seco
	hum. Hilfe	EZA	Osthilfe	Total	Total
Schweizer NGOs	25.8	163.0	30.7	219.5	5.2
darunter:					
Intercooperation	–	35.6	4.8	40.4	1.1
Helvetas	0.1	31.1	2.2	33.4	1.5
Swisscontact	–	15.9	2.7	18.6	1.1
Caritas Schweiz	5.4	4.2	0.8	10.4	–
Schweizerisches Rotes Kreuz	2.8	3.3	2.0	8.2	1.0
Terre des Hommes, Lausanne	3.9	2.5	0.1	6.6	–
Swissaid	–	6.1	–	6.1	0.2
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	0.7	3.9	0.9	5.5	–
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH)	0.0	3.3	1.7	5.0	–
Brot für alle (BFA)	–	4.2	–	4.2	–
Pro Helvetia	–	0.3	3.5	3.8	–
Fédération genevoise de coopération (FGC)	–	3.8	–	3.8	–
Fastenopfer	–	3.3	–	3.3	–
Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen	0.9	34.6	9.5	45.1	2.5
Privater Sektor der Schweiz	4.9	29.2	10.7	44.8	7.3
Öffentlicher Sektor der Schweiz	5.9	8.1	2.8	16.8	–
UNO-Organisationen, multi-bilaterale Aktionen	78.4	32.3	3.0	113.6	11.5
darunter:					
Welternährungsprogramm (WFP)	41.9	0.3	–	42.1	–
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	1.3	14.8	2.0	18.1	–
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	16.8	–	–	16.8	–
Kinderhilfswfonds der UNO (UNICEF)	4.3	1.7	0.7	6.7	–
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)	5.9	–	–	5.9	–
UNO-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO)	–	–	–	–	5.1
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	3.2	1.0	0.2	4.5	–
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO)	2.2	1.1	–	3.3	–
Internationale Finanzierungsinstitutionen, multi-bilaterale Aktionen	–	8.8	0.4	9.2	23.2
Andere internationale Organisationen, multi-bilaterale Aktionen	103.8	48.9	11.5	164.3	16.9
darunter:					
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	92.9	–	–	92.9	–
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	–	6.8	1.4	8.2	–
Internationale Vereinigung zur Bewahrung der Natur (IUCN)	–	3.5	–	3.5	–
Organisationen des Südens und Ostens	6.0	130.1	14.5	150.6	1.3
Keine vertraglichen Partner	52.3	108.1	21.0	181.4	165.2
Total 2005	278.0	563.0	104.2	945.3	233.1

Die DEZA und das seco haben im Laufe der Jahre zur Umsetzung der von ihnen finanzierten Programme und Projekte ein umfangreiches Netz von Partnerorganisationen aufgebaut. Die Zusammenarbeit kann in verschiedener Form erfolgen: Programmbeiträge, spezifische Mandate oder Kofinanzierungen. Die Partner der Zusammenarbeit sind vielfältig und variieren je nach unterstütztem Programm oder Projekt. Die schweizerischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind für die Umsetzung der Programme und Projekte der DEZA-Entwicklungszusammenarbeit die wichtigsten Partner geblieben. Die Beiträge der Humanitären Hilfe werden in erster Linie über internationale Organisationen eingesetzt. Diese Tabelle zeigt eine Übersicht der Vertragspartner von DEZA und seco, basierend auf den Auszahlungen des Jahres 2005.

Zur Jahrestagung der **Humanitären Hilfe**, die den Naturkatastrophen gewidmet war, kamen am 1. April 1'000 Personen nach Bern. Sie befasste sich mit vier grossen Themen: Vorbereitung auf Erdbeben, Prävention von Risiken in Zentralamerika nach dem Hurrikan Mitch, zivilmilitärische Zusammenarbeit in den vom Tsunami verwüsteten Regionen und Programme für die Verteilung von Bargeld.

Rund 1'600 Personen nahmen am 26. August in Freiburg an der Jahreskonferenz der **Entwicklungszusammenarbeit** teil. Fachpersonen aus der Schweiz und aus dem Ausland debattierten über die verschiedenen Aspekte der Mikrofinanz, eines grundlegenden Instrumentes im Kampf gegen die Armut. Seit über 30 Jahren setzt sich die Schweiz für die Stärkung des Finanzsektors ihrer Partnerländer im Süden und Osten ein.

Die Ukraine stand im Mittelpunkt des 10. «Focus **Osteuropa**» vom 11. November in Lugano. Fachpersonen aus Kultur, Wirtschaft und Politik präsentierten ihre Beurteilung der orangenen Revolution. Seit Mitte der 90er Jahre unterstützt die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit die Reformen in der Ukraine. Sie begleitet dieses Land bei seinen Bemühungen um eine Annäherung an die europäischen Institutionen.

Impressum

Herausgeber

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA),
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA),
3003 Bern, Tel.: 031 322 44 12, Fax: 031 324 13 48
Internet: www.deza.admin.ch
E-mail: info@deza.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco),
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD),
3003 Bern, Tel.: 031 322 56 56, Fax: 031 322 56 00
Internet: www.seco-cooperation.ch
E-mail: info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination: Catherine Vuffray, DEZA

Text: Jane-Lise Schneeberger, Pont-la-Ville

Statistiken: Christiane Sollberger, DEZA

Catherine Graf Lutz, DEZA

Miryam Rordorf Duvaux, DEZA

Gestaltung: etter grafik+co, Zürich

Fotos: 1. und 4. Umschlagseiten: Nicolas Boll;

1. Umschlagseite: Patrick Hattori/Keystone; Seite 3: DEZA,

seco; Seite 4: Jaime Puebla/Keystone; Seite 5: Gillianne

Tedder/Keystone; Seite 6: Claver Carroll/Keystone;

Seite 7: Narendra Shrestha/Keystone; Seite 8: Fritz

Berger/DEZA; Seite 9: Robert Schmid/Keystone; Seite 10:

Margrit Baumann/Keystone; Seite 11: Jean-Philippe

Jutzi/DEZA

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich. Weitere Exemplare können bestellt werden bei: info@deza.admin.ch oder 031 322 44 12.

